

Ausschuss für Inneres und Sport

(42. - öffentliche - Sitzung am 31. Januar 2019)

Beratungsthemen:

1. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Bürgschaften für Flüchtlinge“**

Der Ausschuss verständigte sich einvernehmlich auf eine Unterrichtung durch die Landesregierung.

2. a) **eSport in Niedersachsen endlich ernst nehmen!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2566](#)
b) **Wandel im Sport fördern - eSports-Strukturen unterstützen und gestalten**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2692](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge der Anträge und kam überein, die Beratung der beiden Anträge zusammenzufassen.

Er bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zum Thema eSports. Ferner nahm er in Aussicht, nach der Unterrichtung die Frage einer Anhörung zu erörtern.

3. **Verwaltung reformieren statt aufblähen - Chancen der Digitalisierung nutzen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2565](#)

Der Ausschuss bat um eine Unterrichtung im Anschluss an die Konstituierung der von der Landesregierung angekündigten Regierungskommission.

4. **Das Ehrenamt in Niedersachsen stärken**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/2579](#)

Seitens der Fraktion der AfD wurde um eine Unterrichtung durch die Landesregierung gebeten.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU baten um Abstimmung über den Antrag. Der Ausschuss entsprach dieser Bitte gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der AfD mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP.

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Niedersächsischen Landesbeauftragten für den Datenschutz**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2571](#)

dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT:

Datenschutz ist grundlegend für die Demokratie

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – [Drs. 18/2572](#)

Der Ausschuss verständigte sich darauf, die Beratung des Gesetzentwurfs und des Antrages nach Abschluss der Beratungen des Entwurfs eines Reformgesetzes zur

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze in der Drucksache 18/850 aufzunehmen.

Er kam überein, vor Aufnahme der Beratungen zunächst die noch ausstehende Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antrag der FDP-Fraktion „Die Landesregierung gefährdet den Datenschutz in Niedersachsen“ in der Drucksache 18/832 entgegenzunehmen. Er bat darum, in der Unterrichtung auch auf die sich aus den Drucksachen 2571 und 2572 ergebenden Aspekte einzugehen.

6. a) **Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/850](#)

dazu: a) **Eingabe 00600/02/18**

b) **Eingabe 00731/02/18**

- b) **Für ein Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz ohne Symbolpolitik und Generalverdacht**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/828](#)

- c) **Testphase zur Einführung einer Elektroschockwaffe (Taser) bei der niedersächsischen Polizei**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1086](#)

- d) **Einrichtung einer Regierungskommission - politische Versäumnisse in der Sicherheitsstruktur aufarbeiten und verbessern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1385](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs auf der Grundlage der Vorlage 35 des GBD (zu Artikel 1 Nrn. 18 bis 33 [§§ 30 bis 37 a]) fort.

Außerhalb der Tagesordnung:

Wandel im Sport fördern - eSports-Strukturen unterstützen und gestalten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2692](#)

Der Ausschuss kam überein, TOP 2 um den Antrag der Fraktion der Grünen zu erweitern.

Vorstellung des Kommunalberichtes

Der Ausschuss kam überein, den Kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zur mündlichen Stellungnahme zu der Vorstellung des Kommunalberichtes durch die Präsidentin des Landesrechnungshofs zu geben. Als Termin hierfür nahm er den 29. August in Aussicht.

Informationsreise nach Clausthal-Zellerfeld, Hannoversch Münden und Friedland

Der Ausschuss kam überein, am 5. und 6. September 2019

- die Akademie des Sport, Standort Clausthal,
- die Polizeiakademie, Standort Hannoversch Münden sowie
- das Museum Friedland

zu besuchen.